

30. August 1973

I. AKTUELLE EREIGNISSE IN CHILE, HINWEISE AUF ANALYSEN UND INTERVIEWS

Der Ratschlag der ZEIT (vom 31.8.73, unter der Artikelüberschrift: "Letzte Chance"): "Es gilt nur noch, ein gescheitertes Experiment unblutig abzubrechen." - wird von der chilenischen Regierung nicht befolgt. Am selben Tag, an dem die internationale Presse meldet, daß Allende auf die Beteiligung von Militärs an seinem Kabinett verzichten und den Forderungen der streikenden Fuhrunternehmer nachgeben muß (29.8.), stellt er sein neues Kabinett vor, an dem wieder Vertreter aller drei Teilstreitkräfte und der Polizei beteiligt sind. Und die ersten Beschlüsse des neuen Kabinetts gelten den aufrührerischen Fuhrunternehmern. Ihr Verband wird für illegal erklärt, die Lastwagen sollen eingezogen und dem regierungsfreundlichen Konkurrenzverband MOPARE bzw. staatlichen Transportunternehmen übereignet werden, ebenso wie neue Lastwagen und Ersatzteile. Die Frage ist jetzt, wie hart die Regierung in der Durchführung ihrer Beschlüsse tatsächlich sein kann, ohne erneut Putschgefahren zu riskieren, und welche Solidarisierungseffekte ihr Vorgehen bei den rechten Verbänden (besonders der Einzelhändler, Ärzte etc.) und Parteien auslöst.

Die letzten Wochen waren durch eine ständige Verschärfung der politischen Spannung und des Klassenkampfes gekennzeichnet, wobei der Fuhrunternehmerstreik und die politischen Auseinandersetzungen im Militär und um die Rolle des Militärs im Mittelpunkt standen.

Der Fuhrunternehmerstreik, am 26. Juli begonnen, hatte - bei allen vorgeschobenen Forderungen nach mehr Lastwagen, mehr Ersatzteilen und höheren Tarifen - von vornherein den politischen Zweck, ein solches wirtschaftliches Chaos auszulösen, daß der Sturz der Regierung nur noch eine Frage der Zeit wäre. Was im Oktober letzten Jahres nicht gelungen war, das sollte jetzt erreicht werden. Davon zeugen die außerordentlich gute Vorbereitung (Zusammenziehung der Lastwagen, Ausbauen wichtiger Teile, Bewachung, Versorgung mit Vorräten etc.), die Unnachgiebigkeit und die Aufstellung immer neuer Forderungen in den Verhandlungen mit der Regierung, sowie vor allem die Brutalität des Terrors, der den Streik begleitet. Ziele der terroristischen Anschläge sind immer wieder im Einsatz befindliche Lastfahrzeuge, Eisenbahnlinien, Elektrizitätsanlagen, Erdölpipelines, Tankstellen und Personen bzw. Gebäude linker Organisationen und Parteien. (Vgl. die statistische Analyse der Terrorakte in CHILE HOY Nr. 61) So wurde z.B. der Präsident von MORAPE ermordet. Die Aufklärungsquote dieser Verbrechen ist außerordentlich gering.

Die streikenden Fuhrunternehmer verfügen über ca. 70% des gesamten chilenischen Lastwagenparks. Die volkswirtschaftlichen Verluste durch den nun schon fast fünf Wochen andauernden Streik sind daher enorm, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sowie der Produktionsbetriebe mit Rohstoffen ist ständig in ersthafter Gefahr. Die Auswirkungen sind dennoch nicht so spürbar wie im letzten Oktober, weil die Bevölkerung - und insbesondere die Arbeiterklasse - psychologisch viel besser vorbereitet und vor allem in

den inzwischen geschaffenen Käteorganisationen. Der Industriegürtel und der Gemeindekommandos viel besser organisiert ist (Vgl. dazu auch die in Chile Hoy Nr. 60 und 61 wiedergegebene Diskussion über Volksmacht, von der wir den zweiten Teil im Anhang abdrucken) Auch hat der Fuhrunternehmerstreik bisher nicht zu dauerhaften Solidaritätsstreiks anderer Verbände (wie Bus- und Taxibesitzer, Einzelhändler, Ärzte etc.) geführt, sondern diese haben das Chaos nur immer wieder durch befristete Streiks zu steigern versucht.

Der Eintritt der Oberbefehlshaber der drei Teilstreitkräfte und der Polizei in das Kabinett Allendes am 9. August sollte einerseits eine Forderung erfüllen, die die Christdemokraten als Bedingung für eine Weiterführung des zu der Zeit schon gescheiterten Dialogs stellten (die Haltung der Sozialistischen Partei zu diesem Dialog schildert in dem im Anhang übersetzten Interview aus Chile Hoy Nr. 61 deren stellvertretender Generalsekretär Adonis Sepúlveda), andererseits sollten die Streitkräfte zur Überwindung des Unternehmerstreiks herangezogen werden. Das Vorgehen der Militärs gegen die Fuhrunternehmer war aber dann trotz der von der neuen Regierung gestellten Ultimaten außerordentlich schwach und unwirksam. Sowohl der MIR (außerhalb der Unidad Popular) wie der MAPU (innerhalb der UP) haben von Anfang an die Einbeziehung von Militärs ins Kabinett als Zeichen der Kapitulation scharf kritisiert.

Umso schärfer agierten arbeiterfeindliche Militärs in den letzten Wochen bei der Handhabung des wegen eines Irrtums eines UP-Bürokraten von den Christdemokraten letztes Jahr durchgesetzten Waffengesetzes, das dem Militär die Kontrolle des privaten Waffenbesitzes überträgt. Die ständigen Durchsuchungen (vgl. eine Chronologie in Chile Hoy Nr. 61) richteten sich vor allem gegen die Linke, Sie werden in Fabriken, Parteigebäuden (vor allem des MAPU), Wohnungen, ja sogar Friedhöfen durchgeführt; wobei teilweise mit großer Brutalität vorgegangen wird. Bei einer Durchsuchung von acht Fabriken in Punta Arenas wurde sogar ein Arbeiter getötet, obwohl er einen Widerstand geleistet hatte (ausführliche Berichte in Chile Hoy Nr. 61 und 62). Die CUT (der Zentrale Gewerkschaftsverband) sowie die Sozialistische Partei und der MIR haben in unterschiedlicher Schärfe gegen die Brutalität und Einseitigkeit dieser Einsätze (angesichts des erwiesenen Terrors der Rechten und der meist erfolglosen Waffensuche bei den Linken) protestiert. Die Militärs antworteten mit scharfen Attacken gegen PS und MIR, zumal deren Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber putschistischen Befehlen zumindest bei der Marine offenbar auf solchen Anklang gestoßen ist, daß Dutzende von Matrosen und Arbeiter der Marine in Valparaiso und Talcahuano wegen angeblicher Verschwörung am 7. August verhaftet wurden. (Vgl. Artikel in Chile Hoy Nr. 62).

Die zunehmende Politisierung des Militärs und die Zuspitzung der Diskussion über die politische Rolle des Militärs wurden noch deutlicher, als Luftwaffengeneral Ruiz von seinem auch für das Transportwesen zuständigen Ministerposten - wegen angeblichen Mangels an Vollmachten - am 17. August zurücktrat und für kurze Zeit unklar blieb, ob das auch den Verlust des Oberbefehls der Luftwaffe bedeuten würde. Putschistische Luftwaffenoffiziere versuchten, die Situation zu nutzen, allerdings ohne Erfolg (vgl. Chile Hoy Nr. 63). In der Luftwaffe änderte sich damit aber nicht viel, weil der neue Oberbefehlshaber, General Leigh, die rechten politischen Anschauungen von Ruiz teilt.

Schwieriger aber wurde damit die Situation für General Prats, Verteidigungsminister, Oberbefehlshaber des Heeres und bekannt als persönlicher Freund Allendes. Die Nationale Partei und der von Eduardo Frei repräsentierte harte Flügel der Christdemokraten hatten von Anfang an gegen die Beteiligung des Militärs an der Regierung als einen Mißbrauch des Militärs agitiert. Jetzt richteten sich alle Angriffe gegen Prats, dessen Familie ständig belästigt